

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 31 | 04.08.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 111/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000** geändert wird (Bereinigung eines legislativen Versehens durch die Berichtigung des Querverweises in § 40 Abs 5; damit wird dem BVwG weiterhin die Heranziehung von nichtamtlichen Sachverständigen gem § 3b ermöglicht)

### [BGBl I 112/2017](#)

Bundesverfassungsgesetz über die **Genehmigung des Protokolls Nr. 15 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** und dessen Erklärung zum Bundesverfassungsgesetz (Bundesverfassungsgesetz zur Umsetzung des 15. ZPEMRK)

### [BGBl I 113/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979** geändert wird (Änderungen des Richtverwendungskatalogs; Wegfall der zeitlichen Einschränkung der Anrechnung von Zeiten des Präsenzdiensts als beitragsgedeckte Zeit)

### [BGBl I 114/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz** und das **Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957** geändert werden (Maßnahmen zur Eindämmung von Sozialbetrug und Unterentlohnung; Vereinheitlichung der Arbeitnehmeransprüche im Todesfall; Möglichkeit einer bauspezifischen Altersteilzeitvereinbarung; Ergänzung der Befugnisse der IEF Service GmbH)

### [BGBl I 115/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **ORF-Gesetz** geändert wird (Sicherstellung der Vertretung von behinderten Menschen durch selbst behinderte Personen im ORF-Publikumsrat)

### [BGBl I 116/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz geändert wird (**SMG-Novelle 2017**) (Anpassung des rechtlichen Rahmens der Opioid-Substitutionsbehandlung; Verbesserung der epidemiologischen Datengrundlagen zur Einschätzung der Drogensituation in Österreich)

#### [BGBI I 117/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung 1975 geändert werden (**Strafgesetznovelle 2017**) (Schaffung einer Qualifikation in § 83 StGB; Schaffung eines neuen Tatbestands „Tätlicher Angriff auf mit bestimmten Aufgaben betraute Bedienstete einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Anstalt“; Erweiterung der Straflosigkeit in § 115 Abs 2 leg cit auf die Verspottung; Ausweitung des Vortatenkatalogs der Geldwäscherei; Erweiterung der Ausnahmen von der Strafbarkeit in § 207a leg cit hinsichtlich pornografischer Darstellungen Minderjähriger im Zusammenhang mit Sexting; Schaffung von Qualifikationen für die verabredete Begehung sexueller Belästigung; Schaffung eines neuen Tatbestands „Staatsfeindliche Bewegungen“; Erhöhung der Strafdrohung in § 270 Abs 1 leg cit; Beseitigung von Redaktionsversehen; Anpassungen an die durch das StRÄG 2015 geänderte Rechtslage und Klarstellungen hinsichtlich des geltenden Rechts)

#### [BGBI I 118/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Fluorierte Treibhausgase-Gesetz 2009** geändert wird (Emissionsreduktion fluoriierter Treibhausgase)

#### [BGBI I 119/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Personenkraftwagen-Verbraucherinformationsgesetz** geändert wird (Bereitstellung von sachdienlichen, in sich widerspruchsfreien und verständlichen Informationen für Fahrzeugnutzer, welche Kraftfahrzeuge mit welchen einzelnen in Verkehr gebrachten Kraftstoffen betankt bzw an Ladepunkten aufgeladen werden können)

#### [BGBI I 120/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Datenschutzgesetz 2000 geändert wird (**Datenschutz-Anpassungsgesetz 2018**) (Erlassung eines neuen Datenschutzgesetzes; Schaffung einer Kompetenzbestimmung; Schaffung eines neuen Grundrechts auf Datenschutz; Schaffung von Regelungen zu Datenverarbeitungen zu spezifischen Zwecken; Schaffung von Regelungen zur Bildverarbeitung)

#### [BGBI I 121/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **E-Government-Gesetz** geändert wird (Weiterentwicklung der „Bürgerkarte“ zu „Elektronischem Identitätsnachweis“; Einführung diverser Bestimmungen zur Regelung des elektronischen Identitätsnachweises)

#### [BGBI I 122/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem die Insolvenzordnung, das Gerichtsgebührengesetz, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und die Exekutionsordnung geändert werden (**Insolvenzrechtsänderungsgesetz 2017 – IRÄG 2017**) (Erleichterung der Entschuldung für Unternehmer und Konsumenten; Regelungen zur effizienteren Abwicklung grenzüberschreitender Insolvenzen; Verminderung von Effizienzverlusten bei Konzerninsolvenzen; Anpassung der Entlohnung des Insolvenzverwalters; Verfahrensvereinfachungen bei Zustellungen an Gesellschaften ohne gesetzlichen Vertreter; Verbesserung der Wahrnehmung der Gläubigerinteressen durch Gläubigerschutzverbände; Erhöhung der Rechtssicherheit)

#### [BGBI I 123/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz** geändert wird (Änderungen zur einfacheren und zweckmäßigeren Sicherung von Zeitguthaben sowie Erleichterung der Vollziehung)

#### [BGBI I 124/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Markenschutzgesetz 1970**, das **Patentgesetz 1970**, das **Gebrauchsmustergesetz**, das **Halbleiterschutzgesetz**, das **Musterschutzgesetz 1990** und das **Patentamtgebührengesetz** geändert werden (Umstellung der Berechnung der Schutzdauer einer Marke und damit der Administrierung der Erneuerungsgebühr; Neuausrichtung der Berechnung der Markenanmelde- und Erneuerungsgebühren für Individual-, Verbands- und Gewährleistungsmarken; Einführung eines Online-Bonus für elektronische Anmeldeformen; Einführung der neuen Markenform der Gewährleistungsmarke sowie Möglichkeit der Teilung einer angemeldeten oder registrierten Marke in mehrere Teilmarken desselben Inhabers; Entfall von druckschriftlichen Veröffentlichungen und Lockerung von Formvorschriften zur Ermöglichung von Einreichungen auf elektronischem Wege im Bereich des Erfindungswesens; Einführung einer Verordnungsermächtigung hinsichtlich der PCT-Recherchegebühr)

#### [BGBl I 125/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (**Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz – SV-ZG**) (Schaffung von Rechtssicherheit bei der Abgrenzung von selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit mit Bindungswirkung)

#### [BGBl I 126/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz, das Arbeitsinspektionsgesetz 1993, das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsruhegesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz und das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz 1991 geändert werden (**ArbeitnehmerInnenschutz-Deregulierungsgesetz**) (Entfall der Aufzeichnungspflicht für Beinahe-Unfälle nach § 16 Abs 1 Z 3 ASchG; Vereinfachungen bei der Ermächtigung von Ärzten sowie bei der Übermittlung von Unterlagen im Rahmen der Gesundheitsüberwachung; Entfall des verpflichtenden Verzeichnisses jener Arbeitnehmer, die bestimmte Tätigkeiten durchführen, für die ein Fachkenntnis-Nachweis erforderlich ist gemäß § 62 Abs 7 ASchG; Regelung, dass auch die Arbeitsplatzerstevaluierungen in die Präventionszeit nach §§ 77 und 82 leg cit einrechenbar sind; Verlängerung des Begehungsintervalls von zwei auf drei Jahre für Arbeitsstätten mit 1 bis 10 Arbeitnehmer, sofern nur Büroarbeitsplätze oder damit vergleichbare Arbeitsplätze eingerichtet sind; Anpassung der Regelung zum Schutz nichtrauchender Arbeitnehmer in § 30 leg cit soll an die Novelle zum Tabak- und Nichtraucherinnen bzw NichtraucherschutzG)

#### [BGBl I 127/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitszeitgesetz**, das **Arbeitsruhegesetz** und das **Apothekengesetz** geändert werden (Ausgleichsruhezeit für verlängerte Dienste)

#### [BGBl I 128/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz** geändert wird (Einführung einer Beschäftigungsaktion zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit)

#### [BGBl I 129/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Hochschulgesetz 2005**, das **Schulorganisationsgesetz** und das **Land- und forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz** geändert werden sowie das **Hochschul-Studienberechtigungsgesetz** aufgehoben wird und das **Universitätsgesetz 2002**, das **Fachhochschul-Studiengesetz**, das **Privatuniversitätengesetz** und das **Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz** geändert werden (Förderung der Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten)

#### [BGBl I 130/2017](#)

Bundesgesetz, mit dem das Außerstreitgesetz, die Jurisdiktionsnorm, das Gerichtsgebührengesetz, das Sicherheitspolizeigesetz und das Auslandsunterhaltsgesetz 2014 geändert werden sowie das Bundesgesetz vom 9. Juni 1988 zur Durchführung des Übereinkommens vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung aufgehoben wird (**Kinder-RückführungsgG 2017 – KindRückG 2017**) (Anpassung der Terminologie; Nennung des Bundesministeriums für Justiz als zentrale Behörde in Kindesentführungssachen)

#### [BGBl I 131/2017](#)

Bundesgesetz über die Primärversorgung in Primärversorgungseinheiten (**Primärversorgungsgesetz - PrimVG**) erlassen und das Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Unterbringungsgesetz, das Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz, das Gesundheitstelematikgesetz 2012, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das Hebammengesetz, das Medizinische Assistenzberufe-Gesetz und das Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz geändert werden (**Gesundheitsreformumsetzungsgesetz 2017 – GRUG 2017**) (Aufwertung des Berufsbilds der Allgemeinmediziner; Betrauung der Primärversorgungseinheiten mit zusätzlichen Aufgaben)

### [BGBl II 201/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, mit der die Nachfolgetarife für die Abnahme elektrischer Energie aus Ökostromanlagen auf Basis von Biogas festgesetzt werden (**Biogas-Nachfolgetarifverordnung 2017** – NFT-VO 2017)

### [BGBl II 207/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über ein elektronisches Register zur Erfassung aller wesentlichen Belastungen von Oberflächenwasserkörpern durch Emissionen von Stoffen aus Punktquellen 2017 (**Emissionsregisterverordnung 2017** – EmRegV-OW 2017)

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 198 v 28.07.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/1369 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Festlegung eines Rahmens für die **Energieverbrauchskennzeichnung** und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU

### [ABI L 198 v 28.07.2017, 24](#)

Verordnung (EU) 2017/1370 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1683/95 des Rates über eine **einheitliche Visagegestaltung**

### [ABI L 198 v 28.07.2017, 29](#)

Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die **strafrechtliche Bekämpfung** von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem **Betrug**

### [ABI L 198 v 28.07.2017, 42](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden **Portabilität von Online-Inhaltendiensten** im Binnenmarkt (ABI L 168 vom 30.6.2017)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

#### 08.06.2017, [V 65/2016](#)

**StVO**; **VO betr eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf der Innerkoflerstraße**; keine Gesetzwidrigkeit einer Geschwindigkeitsbeschränkung in Innsbruck

#### 08.06.2017, [E 2733/2016](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Asylantrags** eines afghanischen Staatsangehörigen infolge mangelhafter Ermittlungsmaßnahmen in Bezug auf die Verletzungen des Bf und mangels Berücksichtigung der aktenkundigen bzw durch ärztliche Atteste bestätigten Verletzungen im Rahmen der Beweiswürdigung

#### 09.06.2017, [E 1039/2016 ua](#)

**Wr BauO**; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Zurückweisung der Beschwerde gegen eine Ausnahmegewilligung für ein Restaurant in einer Wohnzone unter Außerachtlassung eines aufhebenden Erkenntnisses des VfGH sowie wegen gesetzwidriger Inanspruchnahme der Zuständigkeit in unterer Instanz durch den Bauausschuss

09.06.2017, [E 2622/2016](#); [E 2686/2016](#)

**FremdenpolizeiG**; Verletzung im **Recht auf Freiheit und Sicherheit** (persönliche Freiheit) mangels Entscheidung des BVwG über die **Aufrechterhaltung des Freiheitsentzugs** binnen einer Woche; teils Abweisung, Ablehnung und Zurückweisung der Beschwerde

09.06.2017, [E 2687/2016](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Asylantrags** einer minderjährigen somalischen Staatsangehörigen; kein ausreichendes Ermittlungsverfahren und keine Auseinandersetzung mit der aktenkundigen schweren Form der Genitalverstümmelung der Beschwerdeführerin

09.06.2017, [E 2923/2016 ua](#)

**AsylG**; Zurückweisung der Beschwerde des **minderjährigen Zweitbeschwerdeführers** mangels rechtswirksamer **Zustellung** der im Asylverfahren ergangenen Entscheidungen an einen rechtmäßigen Vertreter; Verletzung des erstbeschwerdeführenden Bruders im **Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens** durch Zurückweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** und Feststellung der Zuständigkeit Kroatiens sowie Anordnung der Außerlandesbringung; verfassungswidrige Interessenabwägung aufgrund fehlender Ermittlungen zu den Auswirkungen einer Trennung auf Grund unterschiedlicher Zuständigkeiten für die Prüfung der Anträge

09.06.2017, [E 3000/2016 ua](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Einstellung der Beschwerdeverfahren betreffend die Zurückweisung der **Asylanträge** einer syrischen Familie und Feststellung der **Zuständigkeit Kroatiens** auf Grund der Zurückziehung der Beschwerden; Unterlassung jeglicher Ermittlungstätigkeit zur Wirksamkeit der abgegebenen Zurückziehungs- bzw Rechtsmittelverzichtserklärungen

09.06.2017, [E 3235/2016](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des Asylberechtigten** bzw **subsidiär Schutzberechtigten** für einen aus dem Militärdienst desertierten irakischen Staatsangehörigen; kein Begründungswert der sich in einer Aneinanderreihung von floskelhaften, aus Textbausteinen zusammengesetzten Passagen und bloßer Verweise auf die verwaltungsbehördliche Begründung erschöpfenden Entscheidung

09.06.2017, [E 434/2017](#)

**Tir JagdG**; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch **Widerruf der behördlichen Bestätigung der Bestellung zum Jagdaufseher** infolge Anwendung einer nicht mehr geltenden Rechtslage

09.06.2017, [E 566/2017](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status des Asylberechtigten** bzw **subsidiär Schutzberechtigten** für einen aus dem Militärdienst desertierten irakischen Staatsangehörigen; kein Begründungswert der sich in einer Aneinanderreihung von floskelhaften, aus Textbausteinen zusammengesetzten Passagen und bloßer Verweise auf die verwaltungsbehördliche Begründung erschöpfenden Entscheidung

09.06.2017, [E 832/2017](#)

**FremdenpolizeiG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Antrags** eines afghanischen Staatsangehörigen **auf internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** wegen Unterlassens jeglicher Ermittlungstätigkeit zur (entscheidungsrelevanten) Frage einer allfälligen asylrelevanten Verfolgung des Beschwerdeführers durch die Taliban infolge der publizistischen Tätigkeit seines Vaters; bereits vor Verlassen des Herkunftsstaats gesetzte Verfolgungshandlungen keine Voraussetzung für Asylgewährung

09.06.2017, [E 1476/2017](#)

**VertragsbedienstetenG**; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Verneinung der Parteistellung einer Bundesvertragslehrerin im Verfahren zur Verleihung einer Leiterstelle; Parteistellung eines in einen verbindlichen Besetzungsvorschlag aufge-

nommenen Bewerbers weder von der (öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen) Rechtsnatur seines Dienstverhältnisses (zum Bund oder zum Land) noch von der Rechtsnatur des Dienstverhältnisses der Mitbewerber abhängig

09.06.2017, [E 1885/2017](#)

**Landeslehrer-DienstrechtsG**; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch einen Beschluss eines LVwG über die Zurückweisung der Beschwerde einer Mitbewerberin um die **Leiterstelle an einer Volksschule**; Parteistellung der in einen verbindlichen Besetzungsvorschlag aufgenommenen Bewerber; keine Änderung dieser Auffassung nach Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit

27.06.2017, [E 415/2017](#)

**VfGG**; **ZivilprozessO**; Abweisung eines **Wiederaufnahmeantrags**; Wiederaufnahme aus rein rechtlichen Gründen ausgeschlossen; Unzulässigkeit des eventualiter gestellten Individualantrags

27.06.2017, [E 883/2017](#); [E 1381/2017](#); [E 1383/2017](#)

**GlücksspielG**; Verletzung im **Recht auf persönliche Freiheit** durch Verhängung von – vom VStG abweichenden – **Ersatzfreiheitsstrafen** wegen Übertretung des Glücksspielgesetzes

27.06.2017, [E 1203/2017](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** und Feststellung der **Zuständigkeit Ungarns** sowie Anordnung der Außerlandesbringung mangels Heranziehung und Würdigung des eine aktuelle Gesetzesänderung berücksichtigenden Berichtsmaterials zur Lage von Asylwerbern in Ungarn; Willkür auch infolge der – mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbaren – Argumentation in der Entscheidungsbegründung

28.06.2017, [E 1845/2016](#); [E 1866/2016](#)

**Sbg Bettelverbots-VO**; Anlassfall zu VfGH 28.06.2017, [V 27/2017 ua](#)

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

23.05.2017, [Ro 2016/10/0039](#)

**UniversitätsG**; grundsätzlich erlischt die Zulassung zum Studium infolge der negativen Beurteilung der letzten zulässigen Wiederholung einer Prüfung; eine **neuerliche Zulassung** für „dieses Studium“ an der betreffenden Universität ist dann nicht möglich; eine Ausnahme sieht das UniversitätsG im Fall einer **negativen Beurteilung der letzten Wiederholung** einer im Rahmen der Studieneingangs- und Orientierungsphase (STEOP) vorgeschriebenen Prüfung vor; diesfalls ist eine neuerliche Zulassung nach einer Sperrfrist von zwei Semestern nach dem Erlöschen der Zulassung möglich

30.05.2017, [Ra 2016/12/0066](#)

**Dienstpragmatik der NÖ Landesbeamten**; schriftliche **Weisung** an einen Beamten mit der Aufforderung die Nebenbeschäftigung einzustellen; eine Weisung muss von einem Beamten **selbst dann befolgt** werden, **wenn sie rechtswidrig erfolgte**; eine bloß „schlicht“ rechtswidrige Untersagungsweisung gestaltet die Rechtsstellung des Beamten zu seinem Nachteil; aus diesem Grund besteht jedenfalls ein rechtliches Interesse des Beamten an der Erlassung eines Feststellungsbescheids über die Rechtmäßigkeit der Weisung; aufgrund eines derartigen Feststellungsbescheids kann in der Folge Druck auf den weisungserteilenden Vorgesetzten ausgeübt werden, gegebenenfalls die rechtswidrige Weisung zurückzunehmen; zudem besteht auch ein Interesse an einer Feststellung über die Pflicht zur Befolgung einer solchen Weisung

29.06.2017, [Ra 2017/04/0036](#)

**NÖ ElektrizitätswesenG**; § 10 NÖ ElektrizitätswesenG regelt ausdrücklich, wer **Parteistellung im Genehmigungsverfahren** nach den §§ 7 und 8 leg cit hat, sodass ein Rückgriff auf § 8 AVG nicht notwendig ist; dem Nachbar iSd § 9 Abs 1 leg cit kommt Parteistellung hinsichtlich des Schutzes der gem § 11 Abs 1 Z 2 und 3 leg cit wahrzunehmenden Interessen zu; damit ist die Parteistellung und das Mitspracherecht des Nachbarn auf diese Interessen beschränkt; die Frage, ob es gem § 14

Abs 1 letzter Satz leg cit zu einer **Fristhemmung beim Probetrieb** gekommen ist und daher der Antrag des Genehmigungswerbers auf Erteilung der Betriebsgenehmigung zulässig ist, zählt nicht zu den dem Nachbarn zukommenden Interessen; daher besteht in diesem Umfang auch kein Mitspracherecht des Nachbarn

29.06.2017, [Ro 2016/04/0012](#)

**MineralrohstoffG**; gem § 144 MineralrohstoffG bedingt der **Wechsel in der Person des Gewinnungsberechtigten** keine neue Genehmigung; die hoheitlich eingeräumten Rechte gehen auf den Rechtsnachfolger über; der Gewinnungsberechtigung kommt damit dingliche Wirkung zu; sie kommt dem jeweiligen Inhaber des (zivilrechtlichen) Rechts auf Gewinnung zu, welches wiederum durch das Eigentum am Grundstück oder im Wege der Überlassung durch den Grundeigentümer eingeräumt wird

## **C. VERWALTUNGSGERICHTE**

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

## **IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION**

### **A. GERICHTSHOF**

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

### **B. SCHLUSSANTRÄGE**

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

### **C. GERICHT**

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

20.07.2017, Beschwerde Nr [11537/11](#), *Lorenz / Österreich*

**Verletzung** von **Art 5 Abs 1** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf richterliche Haftprüfung); Bf befindet sich in einer **Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher** und beantragte wiederholt seine Freilassung; **Konventionsverletzungen** im Zuge der wiederholten **Prüfungen der Rechtmäßigkeit** des Maßnahmenvollzugs des Bf

25.07.2017, Beschwerde Nr [17484/15](#), *Carvalho Pinto de Sousa Morais / Portugal*

**Verletzung** von **Art 14** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionswidrige Minderung der Schadenersatzsumme für die Bf, die infolge eines **medizinischen Behandlungsfehlers** ua Probleme bei der Ausübung ihres Sexuallebens hat; **unzulässige Begründung**, dass Ausübung des **Sexuallebens für 50-jährige Bf nicht** mehr von so **großer Bedeutung** sei wie für jüngere Personen; Diskriminierung aufgrund des Alters

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.